

Danziger Zeitung.

No 17627.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltenen gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1889.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 10. April. (Privattelegramm.) Bis zu diesem Augenblick (12 Uhr) erhielt die „Volks-Zeitung“ noch keine schriftliche Mittheilung von ihrer Freigebung, die aber jedenfalls erfolgt ist. — Nach der „Daily News“ findet Kaiser Wilhelms Besuch in England während des Aufenthalts der Königin in Osborne statt. Zweck der Reise sei die Theilnahme an der Flottenrevue bei Spithead. Der Besuch in London unterbleibt.

Wien, 10. April. (Privattelegramm.) Der Kaiser functionirt noch in dieser Woche das Wehrgefeß. Die Affentirung findet alsdann in Oesterreich am 1., in Ungarn am 10. Mai statt.

Paris, 10. April. (M. I.) In der Deputirtenkammer stellte Ribot im weiteren Verlaufe der gestrigen Sitzung ein Amendement, wonach bei dem Senat als oberstem Gerichtshof nicht die absolute, sondern 7/12-Majorität rechtsgültig sein sollte. Dasselbe wurde mit 295 gegen 217 Stimmen abgelehnt. Schließlich wurde die Vorlage im ganzen mit 318 gegen 205 Stimmen angenommen. Die nächste Sitzung findet Donnerstag statt.

London, 10. April. (M. I.) In Clapham fand gestern eine ernstliche militärische Meuterei statt. Zwischen mehreren Betrunknen entspann sich eine blutige Schlägerei; obwohl die Militärwache die Kämpfenden mit aufgezogenen Bajonetten zerstreute, begann der Kampf wieder. 20 Soldaten wurden dabei schwer verwundet. Die Soldaten durchzogen lärmend die Straßen und zertrümmerten gegen 200 Fensterheben.

Paris, 10. April. (M. I.) Die Kammer wird sich angesichts der Unmöglichkeit, das Budget vor Ostern durchzubringen, von Donnerstag bis Mitte Mai verlagern.

London, 10. April. (M. I.) Es verlautet, der Vizekönig von Irland, Marquis von Condonberry werde wahrscheinlich im Herbst oder nach Ablauf seiner dreijährigen Amtsdauer zurücktreten. „Globe“ sagt, dieser Rücktritt habe keinerlei politische Motive, da der Vizekönig vollkommen im Einverständnis mit dem Ministerium gestanden habe.

Madrid, 10. April. (Privattelegramm.) Der deutsche Botschafter erhielt telegraphisch die Ermächtigung vom deutschen auswärtigen Amte, eine Aenderung der Spiritussteuerverordnungen im Handelsvertrage mit Spanien im Sinne der früher gemachten vorläufigen Vereinbarung abzuschließen. Der Abschluß erfolgt nach dem Eintreffen der schriftlichen Vollmachten aus Berlin.

Brüssel, 10. April. (M. I.) Es verlautet, die belgische Regierung habe von der französischen bisher keinerlei Mittheilung betreffs Boulangers erhalten und noch keinen Entschluß betreffs der eventuellen Ausweisung desselben gefaßt; ließ aber Boulanger eröffnen, daß er, wenn er auf die Sympathie rechnen, welche Belgien stets politischen Flüchtlingen gewährte, solche ermöglichen müsse, indem er aller Handlungen entsagte, welche das belgische Cabinet unvermeidlich veranlassen würden, aus freien Stücken Ausweisungsmassregeln zu ergreifen, ohne eine Mittheilung der französischen Regierung abzuwarten.

Brüssel, 10. April. (Privattelegramm.) Boulanger dementirt alle Falschgerüchte; er beabsichtigt den ganzen Sommer in Brüssel zu bleiben. **Belgrad, 10. April.** (Privattelegramm.) Die Rückkehr des Exmetropolitens Mikail wird bezweifelt. Es wurde beschloffen, König Alexander solle im Laufe des Sommers den Jaren in der Arim besuchen.

Sofia, 10. April. (M. I.) Die ehemaligen Minister Radostawow und Yovanitschnow, welche wegen Veröffentlichung beleidigender Aeußerungen über den Fürsten Ferdinand vor ein Gericht gestellt worden waren, sind zu einem Jahr Gefängniß verurtheilt worden.

Politische Uebersicht.

Danzig, 10. April.

Der neue Kriegsminister.

Der General der Infanterie, bisher Gouverneur von Straßburg, Excellenz v. Verdy du Vernois ist am 27. April 1880 als Secondlieutenant in die Armee getreten, und hat derselbe die unteren Stufen der militärischen Hierarchie rasch durchlaufen; er wurde im Jahre 1859 zum Premierlieutenant, 2 Jahre später bereits zum Hauptmann und am 6. Februar 1866 zum Major ernannt. Schon früh hatten sein Fleiß und seine Fähigkeiten ihn in den Generalstab geführt, wo er im Jahre 1869 zum Oberstlieutenant befördert wurde. Vor Ausbruch des französischen Krieges die Stellung als „Abtheilungschef im großen Generalstab“ einnahm. An der Spitze der dritten, das westliche Kriegstheater umfassenden Abtheilung hat v. Verdy mit ihm unterstellten Offizieren in erheblichem Maße dazu beigetragen, die Kenntniß von der inneren Gliederung der französischen Armee, worüber bekanntlich nur wenige Notizen vorlagen, in

einer Weise den heimischen Interessen nutzbar zu machen, daß die von deutscher Seite aufgestellte, gegnerische Ordre de bataille nicht nur so gut, wie ganz genau ausfallen konnte, sondern daß auch die Zahlenangaben über die französischen Streitkräfte sich später als annähernd richtig erwiesen. Während des Feldzuges selbst war v. Verdy einer der drei Abtheilungscheffe, welche dem jetzigen Feldmarschall Moltke im großen Hauptquartier des Kaisers direct unterstellt wurden, und nach dem Kriege trat er, am 18. August 1871 zum Oberst befördert, in seine Stellung im großen Generalstab zurück. Man vindicirte ihm schon damals eine rasche und glänzende Laufbahn, als er, zu Ende des Jahres 1872, ganz plötzlich und unerwartet als Chef des Generalstabes zum 1. Armeecorps versetzt wurde. Man meinte hierin eine Benachtheiligung sehen zu sollen. Wenige Jahre später wurde v. Verdy, welcher auch als Militärschriftsteller eine große und bahnbrechende Thätigkeit entwickelte, zum Brigadecommandeur in Straßburg, im Mai 1876 zum Generalmajor befördert, trat darauf an die Spitze des allgemeinen Kriegsdepartements im Kriegsministerium, in welcher Eigenschaft er zu gleicher Zeit Mitglied der Landesvertheidigungs-Commission war und den Vorsitz der Rapon-Commission führte, übernahm später das Commando der ersten Division in Königsberg und sedelte von dort als Gouverneur des großen und wichtigen Straßburg obermals in die Reichslande über.

Von hier aus ist er nunmehr berufen worden, nach den Anschauungen des jugendlichen Kaisers die weitverzweigten Geschäfte des Kriegsministeriums zu leiten. Es wird ihm nachgerühmt, daß er sich hierzu seiner großen geistigen Frische, seines raschen Ueberblicks und seiner vielseitigen Erfahrung wegen sicherlich in hohem Maße eigne, während ein körperliches Leiden ihn an starkem Reiten behinderte und daher die Uebernahme eines Corpscommandos unangebracht erscheinen ließ.

Der Rücktritt des Herrn Bronsart v. Schellendorf ist niemand überraschend gekommen. Schon vor Monaten bildeten die Gerüchte hierüber fast eine stehende Rubrik in den Zeitungen, ohne daß etwas bestimmtes darüber bekannt geworden wäre, aus welchen Gründen er eigentlich seines Amtes müde geworden ist. Herr v. Schellendorf steht erst im 57. Lebensjahre. Jezt ist er zu den Offizieren von der Armee (Wohnsitz Braunsberg) versetzt, bezieht also die Competenzen eines activen Generals fort, um demnächst beim Eintritt einer Vacanz in eine andere Stellung einzurücken. Sein Amt als Kriegsminister hat er als Nachfolger Rameches gerade sechs Jahre bekleidet.

Die „Volkszeitung“

hatte bereits gestern alle Vorbereitungen getroffen, um schon heute früh das Blatt wieder erscheinen zu lassen. Da ihr aber gestern die Mittheilung der Entscheidung der Reichscommission, welche die Beschwerde gegen das Verbot geprüft und für begründet erachtet hat, noch nicht zugegangen war, so ist diese Absicht vereitelt, und die „Volkszeitung“ wird daher frühestens erst heute Abend wieder erscheinen können, wenn nicht noch ein weiterer Verzug eintritt.

Die „Volksztg.“ hatte gestern einen Vertreter abgesandt, mit der Bitte an den Minister, ihm die Entscheidung der Commission mitzutheilen. Der Vertreter wurde aber von dem Minister gegen 4 Uhr Nachmittags mit der Erklärung entlassen, daß die Mittheilung über die Entscheidung der Commission am Mittwoch Vormittag schriftlich erfolgen werde. Nach dem Geschäftsregulativ ist die Entscheidung mit Gründen zu versehen und die Ausfertigung derselben der „Volkszeitung“ und dem Berliner Polizeipräsidenten durch die Post zuzustellen. Entscheidungen, durch welche die angefochtene Verfügung aufgehoben wird, sind durch den „Reichsanzeiger“ bekannt zu machen.

Jenen, welche diesen nunmehr gescheiterten Feldzug gegen die „Volkszeitung“ wider Recht und Gesetz eingeleitet haben, sind also von einer verdienten Niederlage betroffen worden. Leider ist dieselbe infolgedessen nicht entscheidend, als diejenigen Personen, die in erster Linie dafür verantwortlich zu machen sind, wie der Polizeipräsident von Berlin, nicht auch mit ihrer eigenen Person zu haften haben für den Schaden, den sie angerichtet. Hätten wir in dieser Richtung Beamtenverantwortlichkeit, dann würde mancher aus Ueberseher oder sonst welchen Gründen begangener Mißgriff nicht vorkommen.

Die governementale Presse aber schickt sich bereits an, das Scheitern des Unterdrückungsversuchs der „Volksztg.“ nach ihrer Art auszubeuten. Das Blatt muß auf alle Fälle verbrannt werden; da es nun so nicht gegangen ist, so muß es auf andere Weise geschehen; also muß die Preßgesetzgebung nun erst recht geändert werden! Die „Staats-Corr.“ appellirt bereits an die — natürlich — „nationalgesinnten“ Elemente in der Volksvertretung, damit sie „die in dieser Lücke der Gesetzgebung liegende Gefahr erkennen“ und zu der Straf- und Preßgesetznovelle ihr Ja und Amen sagen! Wir meinen denn doch, daß die Wirkung dieser Angelegenheit auf weite Kreise der Volksvertreter ganz anders wirken muß, als sympathieerzeugend für weitere Anhebung unserer ohnehin nicht gerade umfangreichen Preßfreiheit.

Die Frage der Reichs- oder Landes-Versicherungsanstalt.

Die Debatte über die Frage: Reichsversicherungsanstalt oder Landesversicherungsanstalten in der gestrigen Sitzung des Reichstages hat der Abg. Windthorst sehr richtig dahin zusammengefaßt:

wer das Zustandekommen des Gesetzes will, wird gegen die Reichsversicherungsanstalt stimmen, was Herrn Windthorst, der doch offenbar das Gesetz nicht will, nicht abhelft, gegen die Reichsanstalt zu stimmen. Weshalb die Annahme derselben der Tod des Gesetzes sein würde, liegt auf der Hand. Minister v. Bötticher mußte zwar nicht, wie der Bundesrath stimmen würde, wohl aber mußte er, daß Preußen für einige andere Regierungen, vor allem die süddeutschen, gegen die Reichsanstalt sein würden. Was die Stimmung der Bevölkerung betrifft, so ist darüber schwer zu urtheilen; von öffentlichen Kundgebungen gegen die Reichsanstalt ist bisher wenig bekannt geworden. Im übrigen war diese Debatte eigentlich nur ein Schießen gegen ein todttes Ziel. Der sächsische Abg. v. Friesen hatte die Nationalliberalen in so beweglicher Rede der Abseilungspolitik beschuldigt, daß dieser Partei in ihren eigenen Gedanken bange werden mußte. Darin, daß eine übermäßige Centralisation von Uebel ist, stimmt alle Welt überein; aber merkwürdiger Weise bleibt der Umstand ganz unberücksichtigt, daß die Normirung einheitlicher Renten und Beitragsätze für das ganze Reich die eigentliche Aivellirungspolitik ist. Abg. v. Friesen sprach von der Verschiedenheit der Verhältnisse in den Einzelstaaten und den Provinzen, welche in dem deutschen Volkscharakter beruht; aber weshalb will man diesen Verschiedenheiten nur Rechnung tragen, wenn es sich um die Organisation der Versicherung handelt, nicht aber bei der Festsetzung der Beiträge und Renten? Eine Altersrente von 117 Mk. ist doch etwas ganz anderes in dem preußischen Osten und in dem Westen, im Norden und im Süden. Einem Arbeiter mit einem Durchschnittseinkommen von 300 Mk. in Ostpreußen wird es doch ungleich leichter werden, wöchentlich einen Beitrag von 7 Pf. zu leisten, als einem Arbeiter mit dem gleichen Einkommen im Westen und Süden.

Daß die Gegner der Reichsanstalt auch die Frage der Selbstverwaltung in die Debatte hineinzogen, beruhte auf einer Selbsttäuschung. Die Versicherungsanstalten des Regierungsentwurfs sind ebenso wenig genossenschaftliche und Selbstverwaltungsbehörden, wie es die Reichsanstalt sein würde; was dieses Mal — im Widerspruch mit der neulichen Rede des Abg. v. Bennigsen — auch Staatsminister v. Bötticher unumwunden zugab, indem er die Selbstverwaltung für einen unnützen und überflüssigen Apparat erklärte. Die Frage kann nur sein, ob man eine einzige bureaukratische Maschine oder eine Vielheit derselben — etwa 30 will. Die Mehrheit des Reichstages will diese 30 Versicherungen, aber neben denselben ein Reichscentralrechnungsbureau, welches jede einzelne Rente zu berechnen haben wird. Daß das eine gesunde, lebensfähige Organisation und nicht vielmehr ein Nothbehelf ist, dürfte schwer nachzuweisen sein.

Ein conservativer Führer über die Altersversicherung.

In der Sonnabend-Sitzung des Reichstages erklärte der conservativ Abgeordnete Graf Mirbach bei der Beratung des § 16 der Altersversicherung — Lohnklassen — nach dem jetzt vorliegenden stenographischen Bericht:

„M. H. Ich vertrete eine Minorität der (conservativen) Partei. ... Ich habe allerdings recht viele, aber stille und „verschämte“ Freunde in diesem Hause und diese stillen Freunde werden sich ja wohl hüten, irgend eine laute Demonstration zu machen. ... Ich erkläre von vorn herein, daß ich nicht für das Gesetz zu stimmen in der Lage bin, wenigstens wahrscheinlich nicht, weil ich stets den Standpunkt eingenommen habe, es schiene mir erwünscht, erst der nächste Reichstag möge über dieses Gesetz definitiv entscheiden. Ich würde mich schon deshalb sehr schwer entschließen können, dafür zu stimmen, aber so wie das Gesetz aus der Commission herausgekommen ist, bin ich nicht in der Lage, demselben meine Zustimmung zu erteilen.“

Weiterhin erklärte Graf Mirbach, eine Anzahl seiner politischen Freunde hätten entschieden auf dem Boden des Antrags gehn, der die Orts- und Lohnklassen beseitigen und dafür eine Einheitsrente für alle Versicherten einführen wollte. — Bekanntlich ist der Antrag Mirbach gegen die Stimmen des Grafen Mirbach und seiner Parteigenossen abgelehnt worden.

Aengstliche Leute.

Bei der Prüfung der Wahl der Abgg. Habebank und Weis in der Freitagssitzung des Abgeordnetenhauses hat sich endlich ein conservatives Mitglied des Hauses herbeigelassen, eine Erklärung für die auffallende Erscheinung zu geben, daß die Wahlprüfungscommission mehr und mehr davon Abstand nimmt, die Regierung auf die bei der Wahl vorgekommenen Ungehörigkeiten aufmerksam zu machen und Abhilfe zu verlangen. Der Abg. v. Liebermann sagte:

„Die Sache ist nicht gar so harmlos, wie sie vielleicht scheint. Wir haben von dem früheren Prinzip Abstand genommen, weil uns dadurch ein Conflict mit der kgl. Staatsregierung drohte. Gerade der Fall, den Herr Richter vorgetragen hat, die Angelegenheit mit dem Genarmen, der im Wahllokal war, brachte ja die Sache zum Austrage, wenn ich nicht irre. Die kgl. Staatsregierung erklärte einfach, daß sie in einer solchen Aufforderung — d. h. in der Aufforderung, solche Vorgänge für die Zukunft zu verhindern — den Versuch eines Eingriffs in die Administration sehe und deshalb bringen bitten müsse, derartige Operationen künftig zu unterlassen.“

Diese „Bitte“ — des früheren Ministers v. Puttkamer — hat genügt, die Wahlprüfungscommission auf andere Gedanken zu bringen, und Herr v. Liebermann hofft, daß die Wahlprüfungscommission vor dem Hause gerechtfertigt dastehet. Gerechtfertigt ist die Commission nur gegenüber denjenigen, denen jeder Vorwand recht ist, um der Regierung unangenehm zu sein. Aber

die Aufgabe der Wahlprüfungscommission ist die, die Freiheit der Wahl zu wahren, und das ist eben nicht geschehen!

Die Notenbanken.

Bei der Bedeutung, welche in der gegenwärtigen politischen Discussion die Frage der Umgestaltung der Verhältnisse der Reichsbank und der Notenbanken überhaupt einnimmt, dürfte es von Interesse sein, eine Uebersicht über diejenigen Banken zu gewinnen, welche noch zur Ausgabe von Banknoten berechtigt sind. Als das Bankgesetz vom 14. März 1875 erlassen wurde, gab es solcher Banken 33, deren ungedeckter Notenumlauf 385 000 000 Mk. betrug. Davon haben inzwischen auf die Befugniß zur Notenausgabe verzichtet: die Ritterschäftliche Privatbank in Pommern (Stettin), die Bank des Berliner Rassenvereins, die Communalständische Bank für Oberlauff (Görlitz), die Landgräflich heßische concessionierte Landesbank, die Leipziger Bank, die Rostocker Bank, die Weimarsche Bank, die Oldenburgische Landesbank, die Mitteldeutsche Creditbank in Meiningen, die Privatbank zu Gotha, die Anhalt-Deßauische Landesbank, die Thüringische Bank (Sondershausen), die Geraer Bank, die Niedersächsische Bank (Bückeburg), die Lübecker Privatbank und die Commerzbank in Lübeck. Der diesen Banken zustehende Antheil an dem Gesamtbetrage des der Steuer nicht unterliegenden ungedeckten Notenumlaufs ist gemäß § 9 des Bankgesetzes dem Antheile der Reichsbank zugewachsen, und erfuhr der letztere dadurch eine Steigerung von 250 000 000 Mk. auf 274 834 000 Mk. Die letzte Bank, deren Notenbetrag in Höhe von 1251 000 Mark vor noch nicht langer Zeit der Reichsbank zuzuwachsen, war die Königlich Preussische. Gegenwärtig sind zur Notenausgabe demnach nur noch 16 Banken berechtigt, und zwar: die Reichsbank, die Städtische Bank zu Breslau, die Magdeburger Privatbank, die Danziger Privat-Actienbank, die Provinzial-Actienbank des Großherzogthums Posen, die Hannoversche Bank, die Frankfurter Bank, die Bayerische Notenbank, die Sächsisch-Bank zu Dresden, der Leipziger Rassenverein, die Chemnitzer Stadtbank, die Württembergische Notenbank, die Badische Bank, die Bank für Süddeutschland, die Braunschweigische Bank und die Bremer Bank.

Zum Schiffsunglück bei Samoa.

Ein schönes Beispiel des englischen Gerechtigkeitsgefühls ist der Brief des Contreadmirals Scott an die „St. James Gazette“ über das Schiffsunglück bei Samoa. Angesichts der lauten Aeußerungen der Freude, welche viele englische Blätter über die nautische Ueberlegenheit der Engländer gemacht haben, weil es der „Calliope“ gelang, die hohe See zu erreichen, erklärt der britische Marineoffizier, daß die „Calliope“ von allen Schiffen, vielleicht mit Ausnahme der „Trenton“, das einzige war, welches hinlängliche Maschinenkraft zu dem hühen Unternehmen besaß, dessen Gelingen zudem an einem Faden hing. „Unter diesen Umständen war es nur waise, wenn die deutschen und amerikanischen Schiffe vor Anker blieben, indem darin ihre einzige Hoffnung auf Rettung lag.“

Der Herzog von Nassau

trifft, wie gemeldet, heute in Luxemburg ein. Die Ankunft erfolgt Nachmittags 1/2 Uhr. Nach derselben wird sich der Herzog direct in das Palais begeben, woselbst er den Staatsrath mit den Regierungsräthen empfängt. Nach der morgen in der Deputirtenkammer stattfindenden Eidesleistung giebt der Herzog den Deputirten ein Festmahl. Alle Luxemburger Zeitungen sind in illustrirten Festnummern erschienen, in welchen sie den Herzog Adolf von Nassau auf das herzlichste begrüßen. Die „Freie Presse“ sagt am Schluß ihres Begrüßungsartikels: „Wird der Empfang nicht festlich, so wird er jedenfalls herzlich sein und wir ehren unseren König, indem wir dem Regenten entgegenrufen: Es lebe der König! Es lebe der Regent!“

Hierzu wird uns ferner telegraphirt:

Luxemburg, 10. April. (Privattelegramm.) Sämmtliche hiesigen Vereine bringen dem Herzog von Nassau Donnerstag eine Serenade und einen Fackelzug.

Ein Zwischenfall an der serbischen Grenze.

Wie aus Belgrad von gestern telegraphirt wird, haben bei dem Grenzdorfe Brnjica vor einigen Tagen mehrere österreichische Grenzwächter auf eine Donaubrücke geschossen, in welcher sich 15 serbische Unterthanen befanden, indem wurde niemand verletzt. Die serbische Regierung hat jedoch an die österreichische Regierung das Ersuchen gerichtet, für die Zukunft Maßregeln zur Verhinderung ähnlicher unliebsamer Zwischenfälle zu ergreifen.

Die rumänische Ministerkrisis

ist noch immer ungelöst. Neuerem Vernehmen nach hat Catargiu in Folge von Meinungsverschiedenheiten mit dem König über Personalfragen bei Besetzung der Portefeuilles die Neubildung des Cabinets abgelehnt. Der König soll den General Florescu zu diesem Zweck berufen haben.

Reichstag.

Abend-Sitzung vom 9. April, 8 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen Wahlprüfungen. Die Wahl des Abg. Köhli (Rammin-Greifenberg) wird nach unerheblicher Debatte für gültig erklärt. Es folgt die Prüfung der Wahl des Abg. Wehsky

Beilage zu Nr. 17627 der Danziger Zeitung.

Mittwoch, 10. April 1889.

Reichstag.

(Schluß.)

Staatssecretär v. Bötticher: Der Vorredner meint es wohl mit der Reichsanstalt nicht besonders ernstlich. Weil Gegner des Gesetzes, wird er wahrscheinlich auch gegen die Reichsanstalt sein. Daß Preußen die Reichsanstalt gewünscht und nur aufgegeben habe, um von den verbündeten Regierungen die Zustimmung zu diesem Gesetz zu erlangen, ist nicht richtig. Preußen hat niemals für die Reichsanstalt gestimmt, sondern wollte ursprünglich die Berufsgenossenschaften zu Trägern der Versicherung machen, hält das heute auch noch für richtig, hat den Gedanken aber fallen lassen, weil er auf den lebhaftesten Widerspruch stieß. Der Vorredner beklagt, daß die Landesanstalt nicht genügend den Stempel der Selbstverwaltung trage. Denkt denn der Vorredner, daß die Reichsanstalt eine größere Selbstverwaltung haben wird; daß die 12 Millionen Arbeiter und 6 Millionen Arbeitgeber durch Wahlen eine solche Selbstverwaltungskörperschaft herstellen werden? Die Reichsanstalt wird eine vorzugsweise bureaukratische Behörde sein. Was wird denn der Vorstand zu thun haben? Die Marken verkaufen, die Gelder anlegen und die erste Entscheidung über Invalidisirungsgesuche treffen; das sind keine Arbeiten für eine Selbstverwaltung. Diese kommt in den Schiedsgerichten genügend zum Ausdruck. Außerdem werden die Landesanstalten in Preußen an Selbstverwaltungskörper, an Communalverbände angelehnt. Die Reichsversicherungsanstalt würde ein ganz kolossaler Körper werden, und die Organe dieser Reichsinstanz in den einzelnen Landesstellen würden sehr zahlreich sein. Vom politischen Standpunkt erkenne ich die Zweckmäßigkeit einer Reichsanstalt sehr gern an; ich bedauere, daß so wenig Neigung dafür vorhanden ist. Wenn ich aber auf eine so große Abneigung stoße (Zuruf: „Wo?“) . . . bei der Bevölkerung, soll man da einen Zwang ausüben? Höher als die Organisation steht mir die praktische Durchführung des Gesetzes; dazu ist eine Reichsanstalt nicht erforderlich.

Abg. Windthorst: Meine sämtlichen politischen Freunde sind gegen die Reichsanstalt. Sie würde viel bureaukratischer sein als die hier geplante Organisation. Ich bin der Meinung, daß die Unfallversicherung noch größeren Werth hätte, wenn sie nicht so centralisirt worden wäre. (Gehr wahr! im Centrum.) Der Staatssecretär hat aber bereits gesagt, daß die preussische Regierung eine Reichsanstalt nicht im Auge gehabt habe; das seien die Berufsgenossenschaften gewesen. Preußen hat sich in Bezug auf die Berufsgenossenschaften gefügt; ich bin überzeugt, daß wie Preußen auch andere Staaten sich fügen werden. (Abg. Rickert: Wäre es doch bei der Strafgesetznovelle so!) In der Reichsanstalt liegt eine ungeheure Macht. Der Einfluß auf die 12—13 Mill. Pensionäre (Zuruf: Pensionäre?), deren ganzes Denken und Fühlen auf die Reichsanstalt gerichtet wäre, wäre ein gewaltiger. Alle, die das Gesetz wollen, sollten gegen die Reichsanstalt sein. Bei dem Reichszuschuß hat sich gezeigt, daß diese Einheit bei den Nationalliberalen nicht besteht, und die Rede des Grafen Mirbach hat gezeigt, daß auch die Conservativen keineswegs einig sind. Ich möchte doch einmal

sehen, ob bei einer namentlichen Abstimmung die Herren aus Baiern, Sachsen und Württemberg gegenüber ihren Landsleuten den Muth finden würden, für die Reichsanstalt zu stimmen. (Hört! Hört! links.) Bei einer Reichsanstalt würde auch das enorme Kapital, das angestammelt wird, wiederum in Berlin centralisirt werden. Es ist aber garnicht nothwendig, die Kapitalkraft Berlins noch zu stärken, die schon mächtiger beinahe als die des Reichs ist. (Heiterkeit.) Selbst regiert die Welt. Wollen Sie irgendwie die Principien des Gesetzes erträglich machen, dann lassen Sie es bei den territorialen Anstalten! (Beifall im Centrum.)

Abg. Bevollm. v. Marschall: Der Bundesrath ist bei dieser Frage davon ausgegangen, daß jede Organisation nur eine Frage der Zweckmäßigkeit ist. Es wird von der bureaukratischen Verwaltung der Landesanstalten gesprochen. Die Einrichtung der Verwaltung richtet sich aber nach der Art der Arbeit. Daß die Rassenverwaltungen und ähnliche Dinge nur von bezahlten Beamten ausgeübt werden können, liegt auf der Hand; auch wenn wir uns an die Selbstverwaltung der Provinzen noch mehr anlehnen würden, würden wir diese bezahlten Beamten nicht entbehren können.

Württ. Bevollm. Graf Zeppelin: Die Vorwürfe gegen die Landesanstalten ertönen aus drei Gruppen heraus. Die erste Gruppe bilden die, welche sich durch sachliche Gründe nicht haben überzeugen lassen, daß die hier vorgeschlagene Organisation die bessere sei; die zweite Gruppe sind die Gegner à tout prix; die dritte sind diejenigen, welche aus politischen Gründen für die Reichsanstalt sind, welche dadurch eine neue Klammer um die Einheit des Reiches legen wollen. Auf diesem kleintlichen Standpunkt steht die württembergische Regierung nicht. Das Reich bedarf einer solchen Stütze und Fürsorge nicht. Für die Wohlfahrt des Volkes und des Reiches ist am besten gesorgt, wenn Sie solche Einrichtungen schaffen, die Ihnen ohne alle Nebenrücksichten als die sachlich zweckmäßigsten erscheinen.

Abg. Graf Behr (Reichsp.): Einige meiner Freunde sind auch für eine Reichsanstalt, weil sie die Ausführung des Gesetzes erleichtern würde. Aber als eine Principienfrage können wir diesen Gegenstand nicht behandeln; es handelt sich nur um eine Nützlichkeitsfrage, und deshalb werden meine Freunde für die Beschlüsse der Commission stimmen.

Abg. Gebhard (n.-l.): Wie wir uns die Einrichtung einer Reichsanstalt gedacht haben, geht aus einem im Commissionsbericht mit abgedruckten Antrage hervor. Die Folge der Annahme unseres Antrages würde natürlich die Zurückverweisung der Vorlage an die Commission sein. Eine Reichsanstalt würde sich wohl vertragen mit einer selbständigen Einrichtung der Verwaltung in den Einzelstaaten. Ein größerer Bureaukratismus würde sich auch nicht entwickeln aus der Reichsanstalt als aus den Landesversicherungsanstalten. Ein Uebermaß von Selbstverwaltung ist weder bei den Landesanstalten noch bei der Reichsanstalt zu schaffen. Der Natur der Sache nach wird man sich dabei mit dem bescheidensten Maße begnügen müssen.

Abg. Schmidt-Elberfeld (freis.): Die Reichsanstalt ist die Consequenz des Reichszuschußes. Es lag also doch an dem Widerspruch der einzelnen Regierungen. Wenn aber die Regierungen gegen die Reichsanstalt sind, so denkt das Volk doch anders, denn die große

Zahl der eingelaufenen Petitionen spricht sich sämtlich für eine solche Anstalt aus. In den hier vorgeschlagenen Organisationen ist ein Heer von Beamten nöthig, viel mehr als bei einer mit Selbstverwaltung verbundenen Reichsanstalt. Eine derartige Reichsanstalt würde sich sehr wohl durchführen lassen, wenn nicht, wie es der Fall zu sein scheint, eine geschlossene Majorität vorhanden ist, welche das Gesetz unbedingt in vier Wochen fertig haben will.

Unter Ablehnung der Anträge Duvigneau und Bebel wird die Commissionsfassung angenommen. Für die Anträge stimmen die Deutschfreisinnigen, die Socialdemokraten, die meisten Nationalliberalen und von der Reichspartei die Abgg. v. Eckardtstein, Brauer, Holz, Prinz Schönau-Carolath, Cöhren und Schulz-Dupich; von den Nationalliberalen stimmen gegen den Antrag Duvigneau die Abgg. v. Fischer, Sehlmann, Keller (Württemberg), Hoffmann (Königsberg), Keller (Immenstadt), Munnerlich, Burkhart, Feustel und Stöcker (Rothenburg).

Die §§ 31 bis 35 (Ausführungsbestimmungen) werden ohne Debatte angenommen.

§ 36 bestimmt, daß die Geschäfte des Vorstandes der Versicherungsanstalt von Beamten wahrgenommen werden, die vom Communalverbande resp. der Landesregierung bestätigt werden müssen. — Ein Antrag Fritzen (Cent.) will die Bestätigung beseitigt haben. — Ein Antrag Rickert u. Gen. besagt, daß nur der Vorsitzende des Vorstandes nach den landesherrlichen Vorschriften ernannt, die übrigen Mitglieder des Vorstandes aber vom Ausschuß der Anstalt gewählt werden.

Abg. Fritzen (Cent.) begründet seinen Antrag damit, daß das Bestätigungsrecht der betreffenden Beamten durch die Behörde einen Eingriff in die Selbstverwaltung der Provinzialverbände und auch in die Particulargefährdung sein würde.

Abg. v. Bennigsen kann auch kein Bedürfnis für die Bestätigung der Beamten entdecken, da die von dem Communalverband gewählten Personen die nöthigen Eigenschaften für ihr Amt besitzen würden, bittet den Antrag Fritzen anzunehmen.

Staatssecretär v. Bötticher: Die Regierungen werden mit besonderem Eifer auf die Aufrechterhaltung dieser Bestätigung dringen, wenn der Wunsch nach Beseitigung gehegt wird.

Abg. Bebel (Soc.) erklärt sich für die Anträge und macht ferner darauf aufmerksam, daß die Betheiligung der Arbeitervertreter im Vorstande nicht obligatorisch sei, während es beim Ausschuß der Fall sei.

Geheimrath v. Wöttge erklärt, daß es nicht rathlich sei, die Theilnahme der Arbeitervertreter an den Vorstandarbeiten obligatorisch zu machen, weil eine solche Mitwirkung die Arbeiter unter Umständen ihrem Berufe entziehen könnte.

Abg. Schmidt-Elberfeld (freis.) begründet den von seiner Partei gestellten Antrag. Es sei ein gutes Recht der Arbeiter wie der Arbeitgeber, in den Vorständen der Versicherungsanstalten vertreten zu sein. Zumal die geringe Betheiligung der Arbeiter an der Verwaltung sei bisher der schwächste Punkt in der ganzen socialen Gesetzgebung. Man könne ruhig das Vertrauen zu dem Arbeiter haben, daß er seine Interessen richtig werde zu erkennen wissen.

Staatssecretär v. Bötticher: Die Regierung hat

durchaus kein Mißtrauen gegen die Arbeiter. Falls sich eine Betheiligung derselben an der Verwaltung als zweckmäßig herausstellt, wird man keinen Augenblick anstehen, sie heranzuziehen; die Fassung der Vorlage läßt dies jederzeit zu. Der Vorstand kann jederzeit Elemente aus den betheiligten Kreisen in sich aufnehmen. Ein Ueberwiegen gewählter Elemente würde leicht die Thätigkeit des Vorstandes lahm legen.

Abg. Schrader: Nach den Motiven soll es sich bei diesem Paragraphen um eine Vertretung der Betheiligten und nicht um die Zuziehung anderer Personen handeln. Man sieht, die Urheber des Gesetzes sind sich selbst nicht im Klaren. Ich für meine Person gehe noch weiter als Bebel, indem ich event. die Arbeiter im Vorstande besetzen will. Der Auffassung aber möchte ich entgegentreten, daß die Verwaltung in diesem Gesetz ein Theil der Selbstverwaltung sei. Davon steht nichts in dem Gesetz, daß die Communalbeamten die Geschäfte der Versicherungsanstalt als communale Geschäfte treiben.

Abg. Singer (Soc.) beantragt, daß für den Fall der Einberufung von Arbeitgebern in den Vorstand, auch die Versicherten in gleicher Zahl gewählt werden sollen.

Der Antrag Fritzen wird einstimmig angenommen und mit dieser Aenderung der § 36 unter Ablehnung des Antrages Singer.

Nach § 37 wird für jede Versicherungsanstalt ein Ausschuß von mindestens 5 Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeiter gebildet. — Abgg. Bebel und Gen. beantragen, daß diese Vertreter in getrennten Wahlgängen von den Versicherten und Arbeitgebern mittels des allgemeinen, gleichen, directen und geheimen Wahlrechts gewählt werden.

Abg. Grillenberger (Soc.): Die Mehrheit hat alle unsere Anträge, welche dem Arbeiter zu seinem Rechte verhelfen sollten, abgelehnt. Der Arbeiter soll nur zahlen, aber nichts drein zu reden haben. Machen Sie sich dieser fortgesetzten Ungerechtigkeit gegen die Arbeiter nicht schuldig und nehmen Sie unseren Antrag an.

Präsident: Ich kann nicht zulassen, daß der Abg. Grillenberger den Reichstag der fortgesetzten Ungerechtigkeit beschuldigt.

Abg. Grillenberger: Es ist aber so!

Präsident: Ich rufe den Abg. Grillenberger, weil er sich wiederum gegen meine Bemerkungen widersetzlich gezeigt hat, zur Ordnung.

Abg. Schmidt-Elberfeld (freis.) beklagt es, daß mit jedem neuen socialistischen Gesetz die Vertretung der Arbeiter eine geringere werde. Es sei ungerath, daß auf 80 000 Versicherte nur ein Vertreter käme. Eine bessere Vertretung der Arbeiter werde durch den Antrag Bebel gesichert, deshalb bitte er um Annahme dieses Antrages, da man doch nach der Zufriedenheit der Arbeiter zunächst streben müsse. Die Minimalzahl der Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten beantrage er auf 15 zu normiren.

Die Anträge Bebel und Schmidt werden abgelehnt und der § 37 unverändert angenommen; ebenso § 38.

§ 39 bestimmt, wählbar zu Vertretern seien nur deutsche männliche großjährige Personen.

Abg. Cegielski (Pole) fragt an, ob damit beabsichtigt sei, nicht deutsch sprechende Personen auszuschließen.

Staatssekretär v. Böttcher entgegnet, jeder Angehörige des deutschen Reichs werde natürlich wählbar sein. Der Paragraph wird angenommen. Hierauf verläßt sich das Haus auf Abends 8 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

53. Sitzung vom 9. April.

Ueber die Petitionen verschiedener Eisenbahnbeamten — Schaffner, Lademeister, Wagenmeister, Telegraphisten — wegen Erhöhung des Gehalts und Wohnungsgeldzuschusses und Aenderung der Amtsbezeichnung und der Uniform beantragt die Budgetcommission im Hinblick auf die von dem zuständigen Minister erklärte Bereitwilligkeit, wirklich berechtigten Beschwerden Abhilfe zu verschaffen, zur Tagesordnung überzugehen.

Ein Antrag Seer (n.-l.) - Lehmann (Centr.) und ein Antrag Rieckert empfiehlt die Petitionen der Telegraphisten um Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses der Eisenbahntelegaphisten auf die für Subalternbeamte zweiter Klasse festgesetzten Sätze der Regierung zur Berücksichtigung; dasselbe will ein Antrag Brömel-Rieckert für die Petitionen zweier Lademeister, um Erhöhung des Gehalts und Wohnungsgeldzuschusses der Lademeister, beziehungsweise um Beilegung einer anderen Amtsbezeichnung.

Abg. v. Tiedemann (freiconf.) führt aus, es sei eines preussischen Staatsbeamten nicht würdig, in dieser Weise zu petitioniren; auch hier gelte das Wort noblesse oblige.

Abg. Hammacher (n.-l.): Einer solchen Verkümmern des Petitionsrechts kann nicht scharf genug entgegengetreten werden. Leuten, die die bittere Noth zu Pe-

titionen treibt, pathetisch ein „noblesse oblige“ entgegen zu rufen, ist nicht angebracht. Außerdem zeigt die bisherige Nichtbeachtung von Beschlüssen des Hauses auf Berücksichtigung von Petitionen seitens der Regierung, daß es doch wohl nicht überflüssig ist, die Regierung an diese Uebelstände zu erinnern. Die Beibehaltung der jetzigen Stellung der Eisenbahn-Telegraphisten muß zu einem Schaden für das Staatseisenbahnwesen führen.

Abg. Seer (n.-l.) schließt sich diesen Ausführungen an. Abg. Brömel (freif.): Die Lage der Telegraphisten sowohl als die der betreffenden Lademeister ist derart, daß ihre Petitionen durchaus gerechtfertigt erscheinen. Dazu ist der Beruf dieser Beamten ein sehr verantwortlicher, ihre Stellung demselben nicht angemessen. Am allerwenigsten aber dürfe man solchen nothleidenden Klassen ein allgem. staatliches Recht verkümmern wollen.

Die Abgg. Lehmann und Cohnen (Centr.) empfehlen gleichfalls den Antrag Brömel.

Abg. v. Schorlemer (Centr.): Es hat mich peinlich berührt, daß der Herr Berichterstatter den petitionirenden Beamten ein noblesse oblige entgegengehalten hat. Ich würde es bedauern, wenn das auch die Auffassung der ganzen Budgetcommission wäre. Es muß eine allgemeine systematische Aufbesserung der unteren Beamtenverhältnisse vorgenommen werden.

Die Abgg. Berger (lib.) und Gremer (conf.) empfehlen ebenfalls, die Petitionen zur Berücksichtigung zu empfehlen.

Die Anträge Seer und Rieckert-Brömel werden gegen die Stimmen der Conservativen, Freiconservativen und einiger Nationalliberalen angenommen.

Nächste Sitzung: Mittwoch.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 9. April. Getreidemarkt. Weizen loco flau, holsteinischer loco 155—175 — Roggen loco flau, mecklenburgischer loco 154—168, russischer loco 95—98. — Hafer fest. Gerste ruhig. — Rüböl (unverändert) ruhig, loco 57. — Spiritus matt, per April-Mai 22 1/2 Br., per Mai-Juni 22 3/4 Br., per Juli-August 23 1/4 Br., per August-Septbr. 24 Br. — Raffee ruhig. — Petroleum behauptet, Standard white loco 6.50 Br., 6.45 Gd., per Mai 6.40 Br., per August-Dez. 7.00 Br., 6.85 Gd. — Mehl: rübe.

Hamburg, 9. April. Zuckermarkt. Rübenroh Zucker 1. Product, Basis 83 % Rendement, f. a. B. Hamburg per April 18.30 nominell, per Juli 18.25, per August 18.30, per Okt.-Dez. (Durchschnittsnote) 14.17 1/2. Fest. Hamburg, 9. April. Raffee good average Santos per April 84 1/4, per Mai 84 1/4, per September 85 1/2, per Dezember 85 3/4. Ruhig.

Havre, 9. April. Raffee good average Santos per Mai 102.50, per Sept. 104.75, per Dezbr. 105.50. Ruhig. Bremen, 9. April. Petroleum. (Schlußbericht.) Stetig, loco Standard white 6.25.

Mannheim, 9. April. Getreidemarkt. Weizen per Mai 19.85, per Juli 19.90, per November 19.00. Roggen per Mai 14.70, per Juli 14.85, per Novbr. 14.70. Hafer per Mai 14.50, per Juli 14.70, per November 13.30.

Frankfurt a. M., 9. April. Effecten-Societät. (Schluß.) Credit-Actien 254 1/2, Franzosen 205 1/2, Lombarden 87, Galizier 174 1/2, Gotthard-Bahn 141.40, Disconto-Commandit 237.90, Dresdener Bank 154.20, Mecklenburger 167.75, 1860er Loose 124.60, Abgeschwächt.

Wien, 9. April. (Schluß-Course.) Oester. Papierrente 85.30, do. 5% do. 100.65, do. Silberrente 85.85, 4% Goldrente 110.45, do. ungar. Goldr. 102.35, 5% Papierrente 96.55, 1860er Loose 143.50, Anglo-Aust. 129.40 ex, Länkerbank 236.20, Creditact. 300.40, Unionbank 229.50.

ungar. Creditactien 306.50, Wiener Bankverein 107.75, Böhm. Mehlb. 333.00, Buich, Eisenb. 355.00, Eisenbahnbahn 208.75, Nordbahn 2610.00, Francoen 242.00, Galizier 208.00, Aronovitz Rudolf —, Lemb. Cern. 236.50, Lombarden 104.25, Nordmeißelbahn 183.00, Danubier 164.25, Alp. Mont. Act. 75.30, Tabaksactien 115.50, Amsterdamer Wechsel 99.50, Deutsche Wähe 58.60, Londoner Wechsel 120.00, Pariser Wechsel 47.50, Napoleons 9.50 1/2, Marknoten 58.60, Russische Banknoten 1.27 1/2, Silbercoupons 100.

Amsterdam, 9. April. Getreidemarkt. Weizen per Mai —, per Novbr. 204. — Roggen per Mai —, per Oktober 115—116—115.

Antwerpen, 9. April. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes. Type weiß loco 16 1/4 bez., 16 1/2 Br., per April 16 1/2 Br., per Juni 16 3/4 Br., per Sept.-Dezbr. 17 1/2 Br. Fest.

Verantwortliche Redactoren: für den politischen Theil und persönliche Nachrichten: Dr. B. Herrmann, — das Feuilleton und literarische: S. Möller, — den lokalen und provinziellen, Handels-, Marine- und den übrigen redactionellen Inhalt: A. Klein, — für den Inseratenthail: H. B. Hofmann. Hauptsächlich in Danzig.

Unerreicht in seinem Erfolge ist Rademanns treffliches Kindermehl! Von allen Kindernährmitteln der Welt ist es das gesündlichste, das leichtverdaulichste, das nährreichste, und seine seltenen Eigenschaften machen es zur ersten Pflicht einer jeden Mutter, die für das Gedeihen ihres Lieblinges besorgt ist, wenigstens durch einen Versuch sich von der Vorzüglichkeit dieses Nährmittels zu überzeugen, selbst wenn dasselbe in den dortigen Apotheken und Droguerien nicht vorrätig sein sollte. Rademanns Nährmittelfabrik, Bockenheim-Frankfurt, übernimmt in diesem Falle die prompteste Ausführung aller zugehenden Aufträge. Preis der Büchse, deren Inhalt auf eine Woche ausreicht, 1.20 M.

Berliner Fondsbörse vom 9. April.

Die heutige Börse eröffnete in weniger fester Haltung und mit theilweise etwas abgeschwächten Courren auf speculativem Gebiet. Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen lauteten gleichfalls weniger günstig und boten geschäftliche Anregung in keiner Beziehung dar. Hier entwickelte sich das Geschäft bei großer Zurückhaltung der Speculatoren im allgemeinen sehr ruhig und in Folge einer Inflation an der Productenbörse trat vorübergehend ziemlich allgemein eine Ermattung der Haltung ein, die aber bald wieder einer Befestigung wich. Der Kapitalmarkt bewahrte feste Haltung bei theilweise regerem Verkehr für heimische solide Anlagen, während fremde,

festen Zins tragende Papiere ruhiger, aber zumeist behauptet blieben; österreichisch-ungarische Rente lebhafter, wie auch russische Noten. Der Privatdiscont wurde mit 1 1/2 Proc. Gd. notirt. Auf internationalem Gebiet waren österreichische Creditactien nach fester Eröffnung abgeschwächt und bei kleinen Schwankungen wenig lebhaft; Franzosen und Lombarden fester und belebt. Inländische Eisenbahnactien hatten bei zumeist behaupteten Courren ruhigeren Verkehr für sich. Bankactien waren vielfach etwas abgeschwächt und ruhig. Industriepapiere zumeist fest und ziemlich lebhaft; Montanwerthe etwas abgeschwächt und ruhig.

Deutsche Fonds.	
Deutsche Reichs-Anleihe	108.30
do. do.	104.10
Consolidirte Anleihe	107.70
do. do.	104.70
Staats-Schuldscheine	101.50
Preuss. Prov.-Oblig.	111.75
Westpr. Prov.-Oblig.	102.50
Landfisk. Centr.-Pfdbr.	104.00
Preuss. Pfandbriefe	102.00
Preuss. Pfandbriefe	102.25
do. do.	101.60
Preuss. neue Pfdbr.	101.80
do. do.	101.90
Westpr. Pfandbriefe	102.25
do. neue Pfandbr.	102.25
Pomm. Rentenbriefe	106.00
Potsd. do.	105.90
Preuss. do.	105.90

Ausländische Fonds.	
Oesterr. Goldrente	94.40
Oesterr. Papierrente	86.10
do. do.	72.99
do. Silberrente	73.25
Ungar. Eisenb.-Anleihe	99.00
do. Papierrente	82.10
do. Goldrente	87.20
Ung. Ost.-Dr. 1. Em.	85.50
Russ.-Engl. Anleihe 1870	102.90
do. do. do. 1871	103.40
do. do. do. 1872	103.00
do. do. do. 1873	103.10
do. do. do. 1874	100.10
do. do. do. 1877	—
do. do. do. 1880	92.80
do. Rente 1883	114.75
Russ.-Engl. Anleihe 1884	102.90
do. Rente 1884	100.10
Russ. 2. Orient-Anleihe	87.50

Rust. 2. Orient-Anleihe	
do. Stiegl. 1. Anleihe	87.50
do. do. 2. Anleihe	86.30
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	91.25
Poln. Claustr.-Pfdbr.	58.30
Italienische Rente	96.75
Romanische Anleihe	108.00
do. fundirte Anl.	102.75
do. amor. do.	88.00
Äth. Anleihe von 1883	15.90
Gründ. Gold-Pfdbr.	88.80
do. Rente	86.30
do. neue Rente	86.30

Hypotheken-Pfandbriefe.	
Dan. Hypoth.-Pfandbr.	103.25
do. do.	97.25
Öst. Grundf.-Pfdb.	103.00
Hamb. Hyp.-Pfandbr.	103.50
Meininger Hyp.-Pfdb.	103.00
Nordb. Grundf.-Pfdb.	103.00
Pomm. Hyp.-Pfandbr.	109.60
2. u. 1. Em.	106.90
1. Em.	100.00
Dr. Bod.-Cred.-Act.-B.	115.75
Dr. Central-Bod.-Cred.	112.00
do. do. do.	102.40
do. do. do.	103.00
Dr. Hypoth.-Act.-B.	103.10
Dr. Hypoth.-B.-A.-G.-A.	103.10
do. do. do.	103.20
do. do. do.	104.40
Poln. landfisk.	85.00
Russ. Bod.-Cred.-Pfdb.	102.75
Russ. Central-	84.00

Lotterie-Anleihen.	
Bay. Bräm.-Anl. 1887	144.10
Bayer. Bräm.-Anleihe	144.80
Braunsch. Br.-Anleihe	106.10
Gold. Bräm.-Pfandbr.	116.50
Hamburg. 50000. Loose	—
Hess.-Münd. Br.-G.	144.50
Südb. Bräm.-Anleihe	141.00
Deuterr. Loose 1854	119.00
do. Cred.-L. v. 1855	334.90
do. Loose von 1860	124.00
do. do. 1864	319.40
Dresdener Loose	136.90
Dr. Bräm.-Anleihe 1855	176.00
Preuss. Bräm.-Anl. 1854	106.50
Russ. Bräm.-Anl. 1854	183.50
do. do. von 1865	165.00
Ung. Loose	254.90

Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Actien.	
Jhr. 1887	
Sachsen-Maschinen	70.80
Berl.-Potsd.	119.00
Main-Cubwiasch	87.00
Marienburg-Magdeburg	116.80
do. St.-Pr.	—
Nordhausen-Erfurt	—
do. St.-Pr.	—
Ostpr. Südbahn	114.00
do. St.-Pr.	121.60
Saal-Bahn St.-A.	49.50
do. St.-Pr.	115.00
Stargard-Potsd.	105.40
Weimar-Berl. anst.	26.10
do. St.-Pr.	85.00

Zinsen vom State gar. Jhr. 1887.	
Galizier	89.40
Gotthardbahn	145.60
Aronov.-Rud.-Bahn	49 1/2
Glück-Limbürg	28.70
Oesterr.-Franz. St.	3 1/2
do. Nordmeißelbahn	77.70
do. St. B.	33.80
Reichenb.-Darsub.	69.90
Russ. Staatsbahnen	130.00
Russ. Südbahnen	82.40
Schw. Unionb.	33.80
do. Westb.	44.40
Südb. Lomb.	230.25
Warschau-Wien	15

Ausländische Prioritäts-Actien.	
Gotthard-Bahn	106.80
Alsch.-Ostb. gar. L.	87.50
do. do. Gold-Pr.	103.50
Aronov.-Rud.-Bahn	81.00
Deuterr.-Fr.-Staatsb.	84.30
Oesterr.-Nordmeißelbahn	91.50
do. Glühb.	—
Glühb.-R. Comb.	62.40
do. 5% Oblig.	103.60
Ungar. Nordbahn	—
do. do. Gold-Pr.	103.30
Brest-Brajevo	96.00
Charkow-Kiew rll.	101.10
Russ.-Charkow	100.90
Russ.-Kiew	93.00
Mosko-Mosk.	95.10
Mosko-Smolensk	100.90
Russ.-Kiew	92.80
Warschau-Terespol	93.80
Warschau-Terespol	101.40

Bank- und Industrie-Actien. 1887	
Berliner Aktien-Verein	126.80
Berliner Handelsges.	175.10
Berl. Brod. u. Sand.-A.	100.75
Bremer Bank	—
Bresl. Diskontobank	113.00
Danziger Privatbank	—
Darmstädter Bank	180.10
Deutsche Genossenschaftsb.	137.00
do. Bank	175.75
do. Effecten u. W.	127.60
do. Reichsbank	133.80
do. Hypoth.-Bank	117.50
Disconto-Command.	238.60
Gotthard-Grundr.-B.	84.25
Hamb. Commerz.-Bank	131.75
Hannoversche Bank	119.00
Holländ. Vereins-Bank	111.75
Italien. Comm.-Bank	116.50
Magdeburg. Privat-Bank	117.10
Meininger Hypoth.-B.	104.50
Norddeutsche Bank	172.20
Oesterr. Credit-Anstalt	159.75
Pomm. Hyp.-Act.-Bank	50.10
Potsd. Provinz.-Bank	117.00
Preuss. Boden-Credit	127.00
Dr. Centr.-Boden-Cred.	147.75
Schaffhaus. Bankverein	107.25
Schaffhaus. Bankverein	130.40
Schw. Bod.-Cred.-B.	149.80

Wilhelmshütte	117.00
Oberhess. Eisenb.-B.	113.10
Berg- und Hütten-Gesellschaften.	
Jhr. 1887	
Dortm. Union-Bag.	—
Königs- u. Laurahütte	140.75
Stolberg, Zink	58.50
do. St.-Pr.	135.00
Victoria-Hütte	—

Wechsel-Cours vom 9. April.	
Amsterdam	8 Tg. 169.30
do.	2 Mon. 168.85
London	8 Tg. 20.455
do.	3 Mon. 20.36
Paris	8 Tg. 80.95
Brüssel	8 Tg. 80.95
do.	2 Mon. 80.65
Wien	8 Tg. 170.40
do.	2 Mon. 169.90
Petersburg	3 Wch. 217.40
do.	3 Mon. 216.00
Warschau	8 Tg. 217.80

Discont der Reichsbank 3 %.	
Sorten.	
Dukaten	9.80
Sovereigns	20.41
20-Franca-St.	16.245
Imperials per 500 Gr.	—
Dollar	4.18
Englische Banknoten	20.44
Frankische Banknoten	80.80
Oesterreichische Banknoten	170.55
do. Silbergulden	—
Russische Banknoten	218.20